

Strafprozessrecht

Ceza Muhakemesi Hukuku

Murat Volkan Dülger, Şaban Cankat Taşkın

3. Aufl., Seçkin Verlag, Ankara, September 2026, 1048 Seiten, ISBN 9786253612511

■ Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	7
Vorwort zur 2. Auflage	9
Vorwort	11
Abkürzungen	35

ERSTES KAPITEL

EINFÜHRUNG IN DAS STRAFVERFAHRENSRECHT

§ 1. BEGRIFF, ZWECK UND FUNKTION DES STRAFVERFAHRENS, SEINE STELLUNG IN DER RECHTSORDNUNG UND SEIN VERHÄLTNIS ZU ANDEREN RECHTSGEBIETEN	39
I. Einleitung	39
II. Begriff des Strafverfahrensrechts	40
III. Der Terminus „Strafverfahrensrecht“	42
IV. Funktion und Zweck des Strafverfahrensrechts	44
A. Funktion des Strafverfahrensrechts	44
B. Zweck des Strafverfahrensrechts	45
C. Unterschied des Strafverfahrensrechts zum Zivilprozess	51
V. Stellung des Strafverfahrensrechts in der Rechtsordnung und sein Verhältnis zu anderen Disziplinen	53
A. Das Strafverfahrensrecht als Disziplin des Verfahrensrechts	53
B. Verhältnis zum Strafrecht	53
C. Verhältnis zum Strafvollstreckungsrecht	55
D. Verhältnis zum Recht der Menschenrechte	56
E. Verhältnis zum Verfassungsrecht	57
F. Verhältnis zum Völkerrecht	58
G. Verhältnis zu den forensischen Wissenschaften und zur Rechtsmedizin	59
VI. Quellen des Strafverfahrensrechts	60
A. Unmittelbare Quellen	61
1. Verfassung	61
2. Internationale Übereinkommen	63
3. Gesetze	63
4. Verordnungen	65
B. Mittelbare (ergänzende) Quellen	66
1. Gerichtsentscheidungen	66
2. Allgemeine Grundsätze des Strafverfahrensrechts	68
3. Lehre	68
4. Gewohnheitsrecht	69
§ 2. ABSCHNITTE DES STRAFVERFAHRENS UND ANWENDUNG DER NORMEN	69

I.	Abschnitte des Strafverfahrens	69
A.	Ermittlungsverfahren	70
B.	Zwischenverfahren	72
C.	Gerichtliches Verfahren (Hauptverfahren)	73
II.	Auslegung und Analogie im Strafverfahrensrecht	74
III.	Das eingeschränkte Gesetzlichkeitsprinzip im Strafverfahren	75
IV.	Geltungsbereich der strafverfahrensrechtlichen Normen	76
A.	Zeitliche Geltung	76
B.	Räumliche Geltung	78
C.	Persönliche Geltung	80

ZWEITES KAPITEL

GRUNDSÄTZE DES STRAFVERFAHRENSRECHTS UND RECHTE DER VERFAHRENSSUBJEKTE

§ 1.	BEDEUTUNG DER GRUNDSÄTZE UND IHR VERHÄLTNIS ZU DEN MENSCHENRECHTEN	83
§ 2.	RECHTE UND GRUNDSÄTZE FÜR DAS GESAMTE VERFAHREN	86
I.	Rechtsstaatsprinzip	86
II.	Grundsatz der Menschenwürde und des Schutzes des Privatlebens	88
III.	Grundsatz der redlichen Verfahrensführung	91
IV.	Offizialprinzip und Grundsatz der Erforschung der materiellen Wahrheit	94
V.	Recht auf ein faires Verfahren und Grundsatz des fairen Verfahrens	96
VI.	Grundsatz der Waffengleichheit	98
VII.	Recht auf Abschluss des Ermittlungsverfahrens und des gerichtlichen Verfahrens innerhalb angemessener Frist	101
VIII.	Anspruch auf rechtliches Gehör (Recht, sich zu äußern) und Recht auf Mitgestaltung des Verfahrens	107
IX.	Unschuldsvermutung (Vermutung der Schuldlosigkeit)	107
X.	Recht auf Unterrichtung über die Beschuldigung und über die eigenen Rechte	112
XI.	Recht auf Verteidigung und auf Beistand eines Verteidigers	115
XII.	Recht auf Beistand eines Dolmetschers	120
XIII.	Grundsatz der Freiheit vom Zwang zur Belastung seiner selbst und seiner Angehörigen (Nemo tenetur)	122
XIV.	Recht auf Einlegung eines Rechtsmittels	124
XV.	Recht auf eine begründete Entscheidung und Begründungspflicht	125
§ 3.	RECHTE UND GRUNDSÄTZE IM ERMITTLUNGSVERFAHREN	129
I.	Grundsätze der Geheimhaltung und der Schriftlichkeit	129
II.	Grundsatz des Ermittlungs- und Anklagezwangs	131
III.	Opportunitätsprinzip	133
§ 4.	RECHTE UND GRUNDSÄTZE IM GERICHTLICHEN VERFAHREN	135
I.	Recht auf ein Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht	135
II.	Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter	138
III.	Grundsatz „Ohne Klage kein Verfahren“	139
IV.	Grundsatz ne bis in idem	142
V.	Grundsatz der Pflicht zur Fortführung der öffentlichen Klage	144
VI.	Grundsatz der Mündlichkeit	145
VII.	Grundsatz der Öffentlichkeit (Publizität)	146
VIII.	Grundsatz der Unmittelbarkeit (unvermittelte Beweisaufnahme)	148
IX.	Grundsatz der freien Beweiswürdigung	153

X.	Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ (In dubio pro reo)	153
XI.	Recht des Angeklagten auf Anwesenheit in der Hauptverhandlung	155

DRITTES KAPITEL

SUBJEKTE DES STRAFVERFAHRENS UND HILFSORGANE DES STRAFVERFAHRENS

§ 1.	SUBJEKTE DES STRAFVERFAHRENS	161
I.	Richter und Gericht	162
A.	Begriff	162
B.	Aufbau der Friedensstrafrichterämter	165
C.	Aufbau und Aufgaben der Gerichte	167
D.	Zuständigkeiten der Richter	172
1.	Zuständigkeit der Sache nach (sachliche Zuständigkeit)	174
a.	Sachliche Zuständigkeit	174
b.	Zusammenhang (Verbindung und Trennung von Strafsachen)	178
c.	Inzidententscheidung und vorgreifliche Frage	183
2.	Zuständigkeit dem Ort nach (örtliche Zuständigkeit)	185
a.	Regeln über die örtliche Zuständigkeit	185
b.	Streit über die örtliche Zuständigkeit und seine Beilegung	189
c.	Frist für den Einwand der örtlichen Unzuständigkeit und Entscheidung darüber	189
d.	Übertragung der Sache oder Durchführung der Hauptverhandlung an einem anderen Ort	191
3.	Persönliche Zuständigkeit	192
4.	Zuständigkeit der Aufgabe nach (funktionelle Zuständigkeit)	193
E.	Richter und ihre Eigenschaften	193
1.	Erforderliche Eigenschaften der Richter	195
2.	Fälle der Ausschließung, der Selbstablehnung und der Ablehnung des Richters	196
F.	Amt des Richterassistenten	202
II.	Staatsanwalt	203
A.	Oberstaatsanwaltschaft	203
1.	Oberstaatsanwaltschaft erster Instanz	203
2.	Oberstaatsanwaltschaft zweiter Instanz	211
3.	Generalstaatsanwaltschaft beim Kassationshof	212
B.	Staatsanwaltschaften und Geschäftsstellen	213
1.	Staatsanwaltschaften	213
2.	Geschäftsstellen	219
C.	Amt des Staatsanwaltsassistenten	220
III.	Beschuldigter und Angeklagter	221
A.	Begriff und Rechtsstellung	221
B.	Rechte des Beschuldigten und des Angeklagten	223
1.	Recht auf Unterrichtung über die Beschuldigungen und auf ordnungsgemäße Vernehmung	223
2.	Recht auf Beistand eines Verteidigers	225
3.	Recht, die Benachrichtigung der Angehörigen zu verlangen	226
4.	Recht, sich zu der zur Last gelegten Straftat nicht zu äußern (Schweigerecht)	227
5.	Recht, die Erhebung konkreter Beweise zur Entkräftung des Verdachts zu beantragen und entlastende Umstände geltend zu machen	228
6.	Recht des Angeklagten auf Anwesenheit in der Hauptverhandlung	228

IV. Verteidiger	239
A. Begriff und Rechtsstellung	239
B. Voraussetzungen für die Tätigkeit als Verteidiger	246
C. Aufgaben und Befugnisse des Verteidigers	247
1. Aufgaben des Verteidigers	247
2. Befugnisse des Verteidigers	248
a. Befugnis des Verteidigers zur Akteneinsicht	248
b. Befugnis des Verteidigers zur Unterredung mit dem Beschuldigten oder Angeklagten	249
c. Befugnis des Verteidigers zur Einlegung von Rechtsmitteln	251
D. Immunität der Verteidigung	252
E. Bestellung und Ausschließung des Verteidigers	255
1. Bestellung des Verteidigers	255
2. Ausschließung des Verteidigers	258
F. Sonstige Befugnisse und Vergütung des Verteidigers	261
G. Fälle der Beendigung des Verhältnisses zwischen Verteidiger und Beschuldigtem oder Angeklagtem	262
V. Opfer, durch die Straftat Geschädigter und Nebenkläger	263
A. Begriff und Definition	263
B. Rechte des Opfers, des durch die Straftat Geschädigten und des Nebenklägers	265
1. Rechte im Ermittlungsverfahren	266
a. Beantragung der Erhebung von Beweisen	266
b. Recht, vom Staatsanwalt Abschriften von Unterlagen zu verlangen, sofern Geheimhaltung und Zweck der Ermittlungen nicht beeinträchtigt werden	268
c. Antrag auf Bestellung eines Rechtsanwalts durch die Rechtsanwaltskammer bei bestimmten Straftaten, wenn kein Bevollmächtigter vorhanden ist	275
d. Recht, die Ermittlungsunterlagen sowie die beschlagnahmten und in Verwahrung genommenen Gegenstände nach Maßgabe von Art. 153 durch seinen Bevollmächtigten einsehen zu lassen	276
e. Recht, gegen die Einstellungsentscheidung des Staatsanwalts nach dem gesetzlich vorgesehenen Verfahren Beschwerde einzulegen	276
2. Rechte im gerichtlichen Verfahren	276
a. Recht auf Benachrichtigung von der Hauptverhandlung	277
b. Recht, sich der öffentlichen Klage anzuschließen	278
c. Antrag auf Erteilung von Abschriften aus Protokollen und Unterlagen	284
d. Antrag auf Ladung von Zeugen	284
e. Antrag auf Bestellung eines Rechtsanwalts durch die Rechtsanwaltskammer bei bestimmten Straftaten, wenn kein Bevollmächtigter vorhanden ist	285
f. Einlegung von Rechtsmitteln gegen verfahrensabschließende Entscheidungen, sofern der Anschluss als Nebenkläger erfolgt ist	286
C. Gemeinsame Vorschriften für das Ermittlungsverfahren und das gerichtliche Verfahren	286
VI. Der vermögensrechtlich Haftende	291
§ 2. HILFSORGANE DES STRAFVERFAHRENS	292
I. Polizei	292
A. Unterscheidung zwischen Justizpolizei und Verwaltungspolizei	292
B. Befugnis der Polizei zum Waffengebrauch	295
C. Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste	298
D. Markt- und Stadtviertelwächter	300
1. Aufgabe der Hilfeleistung für die Bevölkerung (Art. 5 des Gesetzes Nr. 7245)	301

2.	Präventive und schützende Aufgaben und Befugnisse (Art. 6 des Gesetzes Nr. 7245)	301
3.	Justizpolizeiliche Aufgaben und Befugnisse (Art. 8 des Gesetzes Nr. 7245)	302
4.	Aufgabe der Unterstützung der allgemeinen Polizeikräfte (Art. 10 des Gesetzes Nr. 7245)	303
5.	Befugnis zum Anhalten und zur Identitätsfeststellung (Art. 7 des Gesetzes Nr. 7245)	304
II.	Protokollführer	304

VIERTES KAPITEL

PROZESSHANDLUNGEN IM STRAFVERFAHREN

§ 1.	BEGRIFF	305
§ 2.	PROZESSHANDLUNGEN NACH DER ART IHRER VORNAHME	306
I.	Mündliche Prozesshandlungen	306
II.	Schriftliche Prozesshandlungen	307
III.	Prozesshandlungen durch Verhalten	307
§ 3.	PROZESSHANDLUNGEN NACH DER HANDELNDEN PERSON	307
I.	Richterliche Prozesshandlungen	307
II.	Staatsanwaltliche Prozesshandlungen	308
III.	Prozesshandlungen der Verteidigung	309
§ 4.	ERFORDERLICHE BESTANDTEILE DER PROZESSHANDLUNGEN	310
§ 5.	ARTEN DER BEKANTGABE DER PROZESSHANDLUNGEN	310
I.	Mittelbar bekanntgegebene Prozesshandlungen	310
A.	Definition und allgemeine Regeln	310
B.	Elektronische Zustellung	310
C.	Die Streitfrage, ob an den Beschuldigten/Angeklagten oder an den Verteidiger zuzustellen ist	313
D.	Zustellung ins Ausland	314
E.	Sonstige Regelungen zur Zustellung	315
II.	Unmittelbar bekanntgegebene Prozesshandlungen	317
§ 6.	FRISTEN BEI PROZESSHANDLUNGEN UND IHRE WIRKUNG	317
I.	Fristen und Terminsbestimmung	318
II.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	320
§ 7.	RECHTSWIDRIGKEITEN BEI PROZESSHANDLUNGEN UND IHRE FOLGEN	322

FÜNFTES KAPITEL

PROZESSVORAUSSETZUNGEN

§ 1.	BEGRIFF	327
§ 2.	KLAGEVORAUSSETZUNGEN	328
I.	Arten	328
A.	Strafantrag	328
B.	Klagefrist	333
C.	Verlangen (Ersuchen)	333
D.	Fehlen einer wahlweise angedrohten Strafe	334
E.	Entscheidung	334
F.	Genehmigung	335
G.	Fehlen einer anhängigen Klage oder einer gerichtlichen Entscheidung	336
H.	Zustandekommen eines Täter-Opfer-Ausgleichs, eines beschleunigten Verfahrens oder einer Vorauszahlung	337

I.	Fehlen diplomatischer Immunität oder der Immunität ausländischer Soldaten	337
i.	Hervortreten neuer Beweise oder neuer Tatsachen	337
II.	Folgen des Fehlens der Klagevoraussetzungen	339
§ 3.	VERHANDLUNGSVORAUSSETZUNGEN	339
I.	Arten	339
A.	Anwesenheit des Angeklagten	339
B.	Geistige Gesundheit des Angeklagten	340
C.	Klärung der vorgreiflichen Frage	340
D.	Fehlen der parlamentarischen Immunität	341
II.	Folgen des Fehlens der Verhandlungsvoraussetzungen	342

SECHSTES KAPITEL

METHODEN DER BEWEISGEWINNUNG UND ZWANGSMASSNAHMEN

§ 1.	VORFELDERMITTLUNGEN UND DABEI ANGEWANDTE METHODEN	343
§ 2.	GEMEINSAME MERKMALE DER ZWANGSMASSNAHMEN	343
I.	Einleitung	343
II.	Merkmale der Zwangsmaßnahmen	344
A.	Gesetzliche Regelung	345
B.	Vorläufigkeit	345
C.	Instrumenteller Charakter	346
III.	Vorbedingungen der Zwangsmaßnahmen	347
A.	Gefahr im Verzug	347
B.	Anschein der Berechtigung	348
C.	Verhältnismäßigkeit	349
D.	Bestimmte Intensität des Verdachts	351
1.	Einfacher Verdacht oder Anfangsverdacht	352
2.	Begründeter Verdacht	352
3.	Hinreichender Verdacht	352
4.	Dringender Verdacht	353
5.	Nachweis (Erwiesenheit)	355
§ 3.	ARTEN DER ZWANGSMASSNAHMEN UND DER METHODEN DER BEWEISGEWINNUNG	355
I.	Vorläufige Festnahme und Polizeigewahrsam	355
A.	Anhalten und Identitätsfeststellung	356
B.	Vorläufige Festnahme	361
1.	Arten und Voraussetzungen der vorläufigen Festnahme	363
a.	Vorläufige Festnahme ohne Festnahmebefehl	364
aa.	Vorläufige Festnahme durch jedermann	364
bb.	Vorläufige Festnahme durch die Polizei	366
b.	Vorläufige Festnahme aufgrund eines Festnahmebefehls	366
2.	Weiteres Vorgehen gegenüber der vorläufig festgenommenen Person	368
a.	Belehrung über die gesetzlichen Rechte (Miranda-Regel)	368
b.	Benachrichtigung von der vorläufigen Festnahme	370
3.	Vorkehrungen gegenüber der vorläufig festgenommenen Person	371
a.	Oberflächliche Durchsuchung der Person	371
b.	Ärztliche Untersuchung	371
4.	Protokollierung der vorläufigen Festnahme	373

5.	Vorläufige Festnahme bei Antragsdelikten	373
6.	Verbot der erneuten vorläufigen Festnahme	373
7.	Vorführung der vorläufig festgenommenen Person vor das Gericht oder den Richter	374
C.	Ingewahrsamnahme	376
1.	Rechtsnatur und Voraussetzungen	376
2.	Dauer des Polizeigewahrsams	377
3.	Befugnis der Polizei zur vorläufigen Festnahme und zur Ingewahrsamnahme	380
a.	Befugnis zur vorläufigen Festnahme und zur Ingewahrsamnahme bei Katalogstraftaten	380
b.	Vorläufige Festnahme im Anschluss an eine Identitätsfeststellung	382
c.	Präventive Festnahme (verwaltungspolizeiliche Festnahme)	382
D.	Vorführung des in Gewahrsam genommenen Beschuldigten vor den Richter	383
E.	Überprüfung der vorläufigen Festnahme und der Ingewahrsamnahme	384
F.	Vorläufige Festnahme und Ingewahrsamnahme Minderjähriger	384
G.	Rechtsmittel gegen die vorläufige Festnahme und die Ingewahrsamnahme	385
II.	Untersuchungshaft	385
A.	Rechtsnatur und Zweck	386
B.	Verhältnis zu den Menschenrechten	388
C.	Voraussetzungen der Untersuchungshaft	390
1.	Vorliegen eines dringenden Tatverdachts	391
2.	Vorliegen eines Haftgrundes	392
a.	Fluchtverdacht	393
b.	Verdunkelungsverdacht	395
c.	Straftaten, bei denen Haftgründe vermutet werden können	396
3.	Formelle Voraussetzungen der Untersuchungshaft	400
a.	Fehlen eines Haftverbots	400
aa.	Allgemeine Haftverbote	400
bb.	Verbot der Anordnung der Untersuchungshaft in Abwesenheit des Beschuldigten und des Angeklagten	400
b.	Vorliegen der Prozessvoraussetzung	401
c.	Keine Erteilung sicheren Geleits an den Angeklagten	401
d.	Verhältnismäßigkeit der Untersuchungshaft	402
D.	Haftentscheidung	403
1.	Für die Entscheidung zuständige Stelle	403
2.	Erlass und Begründung der Entscheidung	405
3.	Rechtsmittel	409
E.	Inanspruchnahme des Beistands eines Verteidigers in der Haftverhandlung	411
F.	Benachrichtigung der Angehörigen von der Untersuchungshaft	411
G.	Überprüfung der Untersuchungshaft	412
H.	Dauer der Untersuchungshaft	414
I.	Beendigung der Untersuchungshaft	420
i.	Anrechnung der Dauer der Untersuchungshaft	421
III.	Gerichtliche Kontrolle	423
A.	Rechtsnatur und Zweck	423
B.	Voraussetzungen der gerichtlichen Kontrolle	425
C.	Entscheidung über die gerichtliche Kontrolle	425
D.	Verpflichtungen im Rahmen der gerichtlichen Kontrolle	428

E.	Nichtbeachtung der Verpflichtungen im Rahmen der gerichtlichen Kontrolle	430
F.	Dauer der gerichtlichen Kontrolle und Anrechnung	431
G.	Überwachung, Überprüfung und Aufhebung der Entscheidung über die gerichtliche Kontrolle	432
H.	Sicherheitsleistung und Anordnung der Vorabzahlung	432
IV.	Durchsuchung	433
A.	Definition und Begriff	433
B.	Arten der Durchsuchung	434
1.	Präventive Durchsuchung	434
2.	Strafprozessuale Durchsuchung	436
3.	Weitere Unterscheidungen bei der Durchsuchung	436
C.	Rechtsnatur und Zweck der Durchsuchung	436
D.	Umfang der Durchsuchung und Orte, an denen sie zulässig ist	437
E.	Voraussetzungen der Durchsuchung	439
F.	Durchsuchungsentscheidung und Durchsuchungsanordnung	440
1.	Durchsuchung aufgrund einer Entscheidung oder Anordnung	440
2.	Durchsuchung ohne Entscheidung oder Anordnung	444
G.	Zeitpunkt der Durchsuchung	446
H.	Durchführung der Durchsuchung	446
V.	Beschlagnahme	451
A.	Definition und Begriff	451
B.	Rechtsnatur und Zweck der Beschlagnahme	453
C.	Gegenstand der Beschlagnahme	453
1.	Grundsatz	453
2.	Beschränkungen der Beschlagnahme	454
a.	Briefe und Schriftstücke	454
b.	Schriftstücke, die Staatsgeheimnisse darstellen	454
c.	Arbeitsmittel der Presse	457
D.	Voraussetzungen der Beschlagnahme	457
1.	Verdachtsgrad	457
2.	Adressat der Maßnahme	457
E.	Beschlagnahmeentscheidung	458
F.	Durchführung der Beschlagnahme	460
G.	Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände	462
H.	Verwahrung oder Veräußerung der beschlagnahmten Gegenstände	463
I.	Besondere Formen der Beschlagnahme	463
1.	Postbeschlagnahme	463
2.	Durchsuchung und Beschlagnahme in Rechtsanwaltskanzleien	465
3.	Beschlagnahme von Grundstücken, Rechten und Forderungen	468
a.	Zweck der Maßnahme	468
b.	Für die Entscheidung zuständige Stelle	469
c.	Verdachtsgrad	469
d.	Personen, gegen die die Maßnahme angeordnet werden kann	470
e.	Umfang der Maßnahme	470
f.	Straftaten, bei denen die Maßnahme zulässig ist	473
g.	Durchführung der Maßnahme	474
4.	Sperrung des Kontos, auf dem sich der durch die Begehung von Computerstraftaten erlangte Vorteil befindet, und Beschlagnahme	475

5.	Bestellung eines Treuhänders für die Geschäftsführung der Gesellschaft	477
6.	Beschlagnahme bei Flüchtigen	478
7.	Beschlagnahme von Druckwerken	479
i.	Überprüfung	480
J.	Zufallsfunde	481
K.	Beendigung	481
VI.	Durchsuchung und Beschlagnahme in informationstechnischen Systemen	481
A.	Definition und Begriff	481
B.	Zweck und Rechtsnatur der Maßnahme	482
C.	Gegenstand der Maßnahme	483
D.	Voraussetzungen der Maßnahme	486
1.	Verdachtsgrad	486
2.	Fehlen einer anderen Möglichkeit der Beweisgewinnung	487
3.	Adressat der Maßnahme	489
E.	Entscheidung über die Durchsuchung und Beschlagnahme in informationstechnischen Systemen	489
F.	Durchführung der Durchsuchung und Beschlagnahme in informationstechnischen Systemen	490
1.	Maßnahme der Durchsuchung und des Kopierens	490
2.	Maßnahme der Beschlagnahme	490
G.	Aushändigung einer Kopie der beschlagnahmten Daten und Rückgabe	492
H.	Beschwerde gegen die Entscheidung über die Maßnahme	493
I.	Charakter der Maßnahme als Sonderregelung	493
i.	Kritikpunkte in der Praxis und das angewandte Verfahren	494
J.	Beendigung	497
VII.	Durchsuchung und Beschlagnahme nach dem Gesetz über Cybersicherheit	497
VIII.	Abhören und Aufzeichnen der Telekommunikation sowie Auswertung der Signalinformationen	500
A.	Bedeutung für die Menschenrechte sowie für die Grundrechte und Grundfreiheiten	500
B.	Definition und Begriff	501
C.	Zweck und Rechtsnatur der Maßnahme	505
D.	Gegenstand der Maßnahme	506
E.	Voraussetzungen der Maßnahme	507
1.	Verdachtsgrad	507
2.	Straftaten, bei denen die Maßnahme zulässig ist	508
3.	Adressat der Maßnahme	510
a.	Grundsatz	510
b.	Verbot in Bezug auf Zeugnisverweigerungsberechtigte	511
c.	Verbot in Bezug auf die Kommunikation zwischen Beschuldigtem/Angeklagtem und Verteidiger	513
d.	Allgemeines Verbot und Sanktion	513
F.	Entscheidung über die Maßnahme	514
1.	Durchführung der Maßnahme aufgrund einer Entscheidung des Richters oder des Staatsanwalts	514
2.	Durchführung der Maßnahme mit Einwilligung der betroffenen Person ohne Entscheidung des Richters oder des Staatsanwalts	515
G.	Dauer der Maßnahme	517
H.	Geheimhaltung der Maßnahme	517
I.	Durchführung der Maßnahme	518

i.	Beweiswert des rechtmäßig erlangten Beweises	519
J.	Zufallsfunde	521
K.	Beschwerde gegen die Entscheidung über die Maßnahme	522
L.	Beendigung der Maßnahme und Vernichtung der Aufzeichnungen	522
M.	Standortbestimmung des Mobiltelefons	523
N.	Feststellung der Telekommunikation	524
IX.	Einsatz eines verdeckten Ermittlers	525
A.	Zweck und Rechtsnatur der Maßnahme	525
B.	Voraussetzungen der Maßnahme	526
C.	Entscheidung über die Maßnahme	528
D.	Personen, die als verdeckte Ermittler in Betracht kommen	529
E.	Durchführung der Maßnahme	529
F.	Straftaten, bei denen die Maßnahme zulässig ist	532
G.	Dauer und Beendigung der Maßnahme	533
H.	Abgrenzung des verdeckten Ermittlers von ähnlichen Begriffen	533
1.	Informant	533
2.	Vertrauensperson	534
3.	Verdeckt ermittelnder Polizeibeamter	534
4.	Lockspitzel (Agent provocateur)	534
5.	Untergrundagent	537
X.	Technische Überwachung	537
A.	Zweck und Rechtsnatur der Maßnahme	537
B.	Voraussetzungen der Maßnahme	538
C.	Entscheidung über die Maßnahme	538
D.	Beschwerde gegen die Entscheidung über die Maßnahme	540
E.	Dauer der Maßnahme	540
F.	Adressat der Maßnahme	541
G.	Durchführung der Maßnahme	541
1.	Grundsatz	541
2.	Verbot der Durchführung	543
3.	Durchführung der Maßnahme zu präventiven Zwecken	544
H.	Straftaten, bei denen die Maßnahme zulässig ist	545
I.	Beendigung und Vernichtung der Aufzeichnungen	546
i.	Ersatz des durch die Maßnahme erlittenen Schadens	547
XI.	Unterbringung zur Beobachtung	547
XII.	Körperliche Untersuchung	551
A.	Körperliche Untersuchung des Beschuldigten oder Angeklagten und Entnahme von Körperproben	553
B.	Körperliche Untersuchung anderer Personen und Entnahme von Körperproben	554
XIII.	Feststellung der körperlichen Identität und der Fingerabdrücke	556
XIV.	Molekulargenetische Untersuchungen	561
XV.	Entschädigung für durch Zwangsmaßnahmen verursachte Schäden	571
A.	Entschädigungsantrag	571
B.	Voraussetzungen des Entschädigungsantrags	573
C.	Rückforderung der Entschädigung	574
D.	Personen, die keine Entschädigung verlangen können	575

§ 1. BEWEISFÜHRUNG IM STRAFVERFAHREN	577
§ 2. DER BEWEIS ALS MITTEL DER BEWEISFÜHRUNG	580
§ 3. GRUNDSATZ DER BEWEISFREIHEIT UND SEIN ZUSAMMENHANG MIT DER BEWEISFÜHRUNG	582
§ 4. MERKMALE UND ARTEN DER BEWEISE	589
I. Funktionen der Beweise	590
A. Beweise als Mittel der Beweisführung	590
B. Beweiskraft der Beweise	590
C. Kein Verfahren ohne Beweise	591
II. Merkmale der Beweise	593
A. Repräsentationscharakter	593
B. Sinnliche Wahrnehmbarkeit	594
C. Erlangbarkeit	594
D. Rechtmäßigkeit	594
E. Zuverlässigkeit	595
F. Gemeinschaftlichkeit	595
G. Rationalität	596
III. Arten der Beweise	596
A. Aussagebeweis	597
B. Urkundenbeweis	598
C. Indizienbeweis	599
§ 5. RECHTSWIDRIG ERLANGTE BEWEISE UND BEWEISVERWERTUNGSVERBOTE	601
I. Allgemeines	601
II. Theorie des rechtswidrig erlangten Beweises	603
A. Historische Entwicklung der Theorie	603
B. Rahmen der Theorie	607
1. Begriff der Rechtswidrigkeit	607
2. Inhalt und Grenzen der Theorie	608
III. Unterscheidung zwischen rechtswidrig erlangtem Beweis und Beweisverwertungsverbotten	612
IV. Funktion der Beweisverwertungsverbote	617
V. Verhältnis des Grundsatzes der Beweisfreiheit zu rechtswidrig erlangten Beweisen	619
VI. Unterscheidung zwischen absolut und relativ rechtswidrig erlangten Beweisen	622
A. Auffassung von der relativen Rechtswidrigkeit	623
B. Auffassung von der absoluten Rechtswidrigkeit	626
C. Vermittelnde Auffassung	628
D. Praxis des Kassationshofs	629
E. Eigene Auffassung und Würdigung	635
VII. Beweiswert rechtswidrig erlangter Beweise	637
VIII. Von Privatpersonen erlangte Beweise	641
IX. Rechtswidrig erlangte Beweise in der Rechtsvergleichung und in den Entscheidungen des EGMR	645
A. Rechtswidrig erlangte Beweise im kontinentaleuropäischen Rechtssystem	647
B. Rechtswidrig erlangte Beweise im angelsächsischen Rechtssystem	650
C. Die Sichtweise des EGMR auf rechtswidrig erlangte Beweise	651

§ 6. DIE LEHRE VON DER FERNWIRKUNG RECHTSWIDRIG ERLANGTER BEWEISE (FRUCHT DES VERGIFTETEN BAUMES)	653
I. Einleitung und Begriff	653
II. Funktion und Wirkung der Fernwirkungslehre	655
III. Auffassungen und Praxis in der Türkei	657
A. Auffassungen in der Lehre	657
B. Gerichtliche Praxis	659
C. Eigene Auffassung und Würdigung	663
IV. Die Fernwirkungstheorie in den einzelnen Verfahrenssystemen	666
A. Im kontinentaleuropäischen (deutschen) Rechtssystem	666
B. Im angelsächsischen (US-amerikanischen) Rechtssystem	668
V. Die Frage der Feststellung des rechtswidrig erlangten Beweises und/oder des infolgedessen erlangten Beweises (der Frucht des vergifteten Baumes) und des weiteren Vorgehens	669

ACHTES KAPITEL

ABLAUF DES STRAFVERFAHRENS

§ 1. ERMITTLUNGSVERFAHREN	673
I. Ablauf des Ermittlungsverfahrens	673
A. Befugnis des Staatsanwalts	674
B. Verfahren der Ladung zur Vernehmung und zur richterlichen Vernehmung sowie zwangsweise Vorführung	679
C. Vernehmung und richterliche Vernehmung	682
1. Allgemeines	682
2. Feststellung der Identität des Beschuldigten oder des Angeklagten	683
3. Eröffnung der dem Beschuldigten oder dem Angeklagten zur Last gelegten Straftat	684
4. Wahl oder Bestellung eines Verteidigers	684
5. Benachrichtigung von der vorläufigen Festnahme oder der Ingewahrsamnahme	687
6. Belehrung über das Schweigerecht	687
7. Recht, die Erhebung konkreter Beweise zur Entkräftung des Verdachts zu beantragen und entlastende Umstände geltend zu machen	688
8. Befragung zu den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen	690
9. Nutzung technischer Möglichkeiten	691
10. Aufzeichnung und Protokollierung der Vernehmung und der richterlichen Vernehmung	691
11. Durchführung der Vernehmung und der richterlichen Vernehmung mit rechtswidrigen Methoden	692
12. Abgabe der Aussagen in Anwesenheit des Verteidigers	694
13. Erneute Vernehmung	697
14. Vernehmung und richterliche Vernehmung von Kindern	697
15. Inanspruchnahme des Beistands eines Dolmetschers	697
D. Augenschein	699
E. Aufzeigen des Ortes	701
F. Identifizierung	702
G. Obduktion	704
H. Feststellung der Identität des Verstorbenen	705
II. Abschluss der Ermittlungen oder Erhebung der öffentlichen Klage	706
A. Abschluss der Ermittlungen	706
1. Entscheidung über das Absehen von Ermittlungen	706
2. Entscheidung über die Einstellung des Verfahrens	708

3.	Entscheidung über den Aufschub der Erhebung der öffentlichen Klage	712
B.	Abfassung der Anklageschrift und Erhebung der öffentlichen Klage	713
§ 2.	ZWISCHENVERFAHREN UND RÜCKGABE DER ANKLAGESCHRIFT	715
§ 3.	GERICHTLICHES VERFAHREN (HAUPTVERFAHREN)	721
I.	Örtliche und sachliche Zuständigkeit der Gerichte	722
II.	Vorbereitung der Hauptverhandlung	723
III.	Gang und Ordnung der Hauptverhandlung	726
A.	Gang der Hauptverhandlung	726
1.	Öffentlichkeit der Hauptverhandlung	727
2.	Zur Anwesenheit in der Hauptverhandlung Berechtigte und Ausnahmen	729
B.	Ordnung der Hauptverhandlung	731
IV.	Kreuzverhör – unmittelbare Befragung	732
V.	Erörterung der Beweise, Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen	734
A.	Beweiserhebung und Ablehnung von Beweisen	734
B.	Vernehmung der Zeugen in der Hauptverhandlung, Zeugenschutz und Zeugnisverweigerung	742
1.	Vernehmung des Zeugen	742
2.	Zeugnisverweigerung	748
3.	Schutz des Zeugen und seiner Angehörigen	753
C.	Sachverständigenbeweis und Privatgutachten	762
VI.	Hauptverhandlungsprotokoll	773
VII.	Schluss der Hauptverhandlung und Urteil	774
A.	Schlussvortrag zur Sache und Beratung	774
1.	Schlussvortrag zur Sache	774
2.	Beratung	776
B.	Beendigung der Hauptverhandlung, Urteilsverkündung und Urteilsarten	777
1.	Freispruch	777
2.	Entscheidung über das Absehen von Strafe	778
3.	Verurteilung	780
4.	Einstellungs- und Abweisungsentscheidung	781
C.	Recht auf ergänzende Verteidigung	782
D.	Urteilsbegründung	785
E.	Urteilsverkündung und Aussetzung der Urteilsverkündung	789
1.	Urteilsverkündung	789
2.	Entscheidung über die Aussetzung der Urteilsverkündung	790
3.	Bindungswirkung des strafgerichtlichen Urteils für andere Gerichte	801

NEUNTES KAPITEL RECHTSMITTEL

§ 1.	RECHTSMITTEL IM ALLGEMEINEN	803
I.	Begriff und Arten der Rechtsmittel	803
A.	Begriff	803
B.	Arten der Rechtsmittel	804
II.	Gemeinsame Vorschriften für die Rechtsmittel	805
A.	Zur Einlegung von Rechtsmitteln Berechtigte	805
1.	Allgemeines	805
2.	Einlegung von Rechtsmitteln durch den Staatsanwalt	807

3.	Einlegung von Rechtsmitteln durch den Rechtsanwalt	808
a.	Recht des Wahlverteidigers / Bevollmächtigten zur Einlegung von Rechtsmitteln und Rücknahme des Rechtsmittels	809
b.	Recht des notwendigen (bestellten) Verteidigers zur Einlegung von Rechtsmitteln und Rücknahme des Rechtsmittels	811
4.	Einlegung von Rechtsmitteln durch den Beschuldigten, den gesetzlichen Vertreter und den Ehegatten	812
5.	Einlegung von Rechtsmitteln durch den Untersuchungsgefangenen	813
6.	Einlegung von Rechtsmitteln durch den Nebenkläger und die juristische Person	814
7.	Einlegung von Rechtsmitteln durch andere Personen und durch Inhaber von Rechten an Vermögenswerten	815
B.	Irrtum bei der Einlegung von Rechtsmitteln	815
C.	Wirkung der Einlegung von Rechtsmitteln	817
1.	Erstreckungswirkung (Sirayet)	817
2.	Devolutiveffekt	820
3.	Suspensiveffekt (aufschiebende Wirkung)	821
D.	Verbot der Abänderung (Aufhebung) zum Nachteil	822
E.	Umfang der Wirkung des vom Staatsanwalt eingelegten Rechtsmittels	825
F.	Rücknahme des Rechtsmittels und ihre Wirkung	826
§ 2.	ORDENTLICHE RECHTSMITTEL	828
I.	Beschwerde	828
A.	Begriff, Definition und beschwerdefähige Entscheidungen	828
B.	Wesentliche Unterschiede der Beschwerde gegenüber den anderen ordentlichen Rechtsmitteln	829
C.	Beschwerdeverfahren und zur Prüfung zuständige Stellen	831
1.	Beschwerdeverfahren	831
a.	Verfahren der Beschwerdeeinlegung	831
b.	Was ist unter dem Begriff der Betroffenen zu verstehen?	832
c.	Zustellung der Beschwerde an den Staatsanwalt und die Gegenseite sowie Vornahme von Prüfungen und Ermittlungen	833
d.	Verfahren der Behandlung der Akte auf die Beschwerde hin	834
2.	Zur Prüfung der Beschwerde zuständige Stellen	835
a.	Prüfung der Beschwerden gegen Entscheidungen des Friedensstrafrichteramts	835
aa.	Verfahren	835
bb.	Das Problem der Verfassungswidrigkeit der Prüfung von Beschwerden durch die Friedensstrafrichterämter	836
b.	Prüfung der Beschwerden gegen Entscheidungen des Richters am Strafgericht erster Instanz und des Großen Strafgerichts	841
c.	Prüfung der Beschwerden gegen Entscheidungen des beauftragten Richters	841
d.	Prüfung der Beschwerden gegen Entscheidungen der Strafkammern der regionalen Berufungsgerichte sowie gegen Entscheidungen, die die Strafsenate des Kassationshofs in den von ihnen als Tatgericht verhandelten Sachen erlassen	841
3.	Wirkung der Einlegung der Beschwerde	842
II.	Berufung	842
A.	Allgemeine Regeln für die Einlegung der Berufung	845
1.	Mit der Berufung anfechtbare Entscheidungen	845
2.	Nicht mit der Berufung anfechtbare (endgültige) Entscheidungen	847
3.	Berufungsfrist und Antragsberechtigte	849
4.	Auswirkung des Fehlens einer Berufungsbegründung auf die Berufung	852

5.	Lauf der Berufungsfrist während der Frist für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	854
6.	Wirkung der Einlegung der Berufung	855
7.	Zustellung der Berufungsschrift und Berufungserwiderung	855
8.	Verbot der Aufhebung (Abänderung) zum Nachteil	856
9.	Beharrungsverbot	856
10.	Erstreckungswirkung (Sirayet) der Entscheidung des regionalen Berufungsgerichts (BAM)	859
B.	Vorbereitungsphase vor der Hauptverhandlung	859
1.	Zuteilung der Akte	859
2.	Vorprüfung nach Aktenlage	859
3.	Prüfung und gerichtliches Verfahren vor dem BAM	860
a.	Entscheidungen über die Verwerfung der Berufung als unbegründet	860
aa.	Entscheidungen über die Verwerfung als unbegründet	860
aaa.	Verwerfung als unbegründet mit der Begründung, dass kein Mangel vorliegt	860
bbb.	Verwerfung der Berufung als unbegründet unter Berichtigung	861
aaaa.	Vorliegen der in Artikel 303 Absatz 1 Buchstaben (a), (c), (d), (e), (f), (g) und (h) genannten Rechtsverletzungen (Art. 280 Abs. 1 Buchst. a)	861
bbbb.	Fall, in dem entsprechend dem Berufsgrund des Staatsanwalts die Verhängung der gesetzlichen Mindeststrafe für die der Verurteilung zugrunde liegende Straftat für angemessen erachtet wird (Art. 280 Abs. 1 Buchst. b)	863
cccc.	Fälle, in denen ohne weitere Ermittlungen aufgrund persönlicher Strafaufhebungs- oder Strafmilderungsgründe oder persönlicher Strafausschließungsgründe auf eine geringere Strafe oder auf Absehen von Strafe zu erkennen ist (Art. 280 Abs. 1 Buchst. c)	863
dddd.	Fall, in dem ohne weitere Aufklärung des Sachverhalts auf Abweisung der Klage zu erkennen oder eine fehlerhafte Entscheidung über Maßregeln der Besserung und Sicherung zu berichtigen ist und die Berufung unter Berichtigung der Rechtsverletzung als unbegründet zu verwerfen ist (Art. 280 Abs. 1 Buchst. d)	864
bb.	Zurückverweisungsentscheidungen	864
aaa.	Zurückverweisung wegen absoluter Rechtsverletzung	864
aaaa.	Nicht vorschriftsmäßige Besetzung des Gerichts	865
bbbb.	Mitwirkung eines kraft Gesetzes von der Ausübung des Richteramts ausgeschlossenen Richters am Urteil	866
cccc.	Mitwirkung eines Richters am Urteil, nachdem er wegen begründeter Zweifel abgelehnt worden war und das Ablehnungsgesuch für begründet erklärt oder gesetzwidrig verworfen worden ist	866
dddd.	Gesetzwidrige Annahme der sachlichen oder örtlichen Zuständigkeit durch das Gericht	866
eeee.	Durchführung der Hauptverhandlung in Abwesenheit des Staatsanwalts oder anderer Personen, deren Anwesenheit in der Hauptverhandlung gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist	867
ffff.	Verletzung des Öffentlichkeitsgrundsatzes bei einem aufgrund einer Hauptverhandlung ergangenen Urteil	867
gggg.	Berufen des Urteils auf einem mit rechtswidrigen Methoden erlangten Beweis	867
bbb.	Zurückverweisungsentscheidungen bei Nichtvorliegen der Prozessvoraussetzungen (Verfolgungsvoraussetzungen)	868
aaaa.	Feststellung, dass eine Ermittlungs- oder Verfolgungsvoraussetzung nicht vorliegt oder dass das Verfahren der Vorauszahlung und des Täter-Opfer-Ausgleichs nicht durchgeführt wurde	868

bbbb.	Notwendigkeit der gemeinsamen Verhandlung der Sache mit einer beim erstinstanzlichen Gericht anhängigen Sache	868
C.	Vorbereitung der Hauptverhandlung und Hauptverhandlungsphase	868
D.	Sonstige Aufgaben des Berufungsgerichts	871
1.	Prüfung von Entscheidungen über die sachliche Unzuständigkeit	871
2.	Entscheidung über Zwangsmaßnahmen	872
III.	Revision	872
A.	Allgemeine Hinweise	872
B.	Mit der Revision anfechtbare und nicht anfechtbare Urteile	875
1.	Nicht mit der Revision anfechtbare Urteile	875
a.	Aufhebungsentscheidungen der BAM	875
b.	Entscheidungen über die Verwerfung als unbegründet bei Freiheitsstrafen von fünf Jahren und weniger sowie bei Geldstrafen	876
aa.	Die Lage bei Freiheitsstrafen von fünf Jahren oder weniger und bei Geldstrafen	876
bb.	Entscheidungen des regionalen Berufungsgerichts, die von den erstinstanzlichen Gerichten verhängte Freiheitsstrafen von fünf Jahren oder weniger nicht erhöhen	876
cc.	Sämtliche Entscheidungen des regionalen Berufungsgerichts über alternative Sanktionen sowie Entscheidungen über die Verwerfung der Berufung als unbegründet in Bezug auf Entscheidungen der erstinstanzlichen Gerichte über alternative Sanktionen, in die eine Freiheitsstrafe umgewandelt wurde	877
dd.	Sämtliche Entscheidungen des regionalen Berufungsgerichts über Straftaten, die in die Zuständigkeit der erstinstanzlichen Gerichte fallen und im Gesetz mit Freiheitsstrafe im Höchstmaß von bis zu zwei Jahren (einschließlich zwei Jahren) bedroht sind, sowie über die damit verbundenen Geldstrafen	877
ee.	Sämtliche Entscheidungen des regionalen Berufungsgerichts über Urteile der erstinstanzlichen Gerichte wegen Straftaten, die mit Geldstrafe bedroht sind	878
ff.	Entscheidungen über die Verwerfung der Berufung als unbegründet in Bezug auf Entscheidungen der erstinstanzlichen Gerichte, die ausschließlich die Einziehung von Gegenständen oder Erträgen oder deren Nichtanordnung betreffen	879
gg.	Entscheidungen über die Verwerfung der Berufung als unbegründet in Bezug auf Freisprüche der erstinstanzlichen Gerichte wegen Straftaten, die mit Freiheitsstrafe von zehn Jahren oder weniger oder mit Geldstrafe bedroht sind	879
hh.	Entscheidungen dieser Art des regionalen Berufungsgerichts oder Entscheidungen über die Verwerfung der Berufung als unbegründet in Bezug auf Entscheidungen der erstinstanzlichen Gerichte über die Einstellung des Verfahrens, das Absehen von Strafe oder Maßregeln der Besserung und Sicherung	879
ee.	Entscheidungen des regionalen Berufungsgerichts, die in demselben Urteil mehrere der Strafen und Entscheidungen enthalten, sofern die in den vorstehenden Buchstaben genannten Grenzen eingehalten werden	880
2.	Mit der Revision anfechtbare Urteile	880
a.	Unmittelbar der Revision unterliegende Urteile	880
b.	Urteile, die trotz Überprüfung im Berufungsverfahren mit der Revision anfechtbar sind	880
C.	Revision gegen dem Urteil vorausgegangene Entscheidungen	882
D.	Fälle der absoluten Rechtsverletzung	883
1.	Fehlen der nach Artikel 230 erforderlichen Begründung im Urteil	884
2.	Beschränkung der Verteidigungsrechte durch Gerichtsbeschluss in für das Urteil wesentlichen Punkten	886
E.	Verletzung von Vorschriften zugunsten des Angeklagten	886
F.	Revisionsfrist und Antragsberechtigte	887
G.	Verwerfung der Revision als unzulässig durch das Gericht, das das Urteil erlassen hat	890
H.	Lauf der Revisionsfrist während der Frist für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	891

I.	Wirkung der Einlegung der Revision	891
i.	Verbot der Aufhebung (Abänderung) zum Nachteil	892
J.	Gegenstand der Prüfung im Revisionsverfahren und Revisionsgrund	892
K.	Entscheidungsarten	893
1.	Verwerfung wegen Fristversäumung, fehlender Berechtigung oder fehlender Begründung	894
2.	Verwerfung der Revision als unbegründet oder Aufhebung des Urteils	894
3.	Fälle der Entscheidung in der Sache selbst, Berichtigung der Rechtsverletzung	895
4.	Urteilsverkündung beim Kassationshof	896
5.	Stelle, an die die Entscheidung des Kassationshofs zu übersenden ist	896
L.	Erstreckungswirkung (Sirayet) der Entscheidung des Kassationshofs	897
M.	Verfahrensgang nach der Aufhebungsentscheidung	897
1.	Verfahrensgang nach der Aufhebungsentscheidung	897
2.	Beharrungsentscheidung	898
3.	Verbot der Aufhebung zum Nachteil	899
N.	Sonstige Aufgaben des Kassationshofs	899
§ 3.	AUSSERORDENTLICHE RECHTSMITTEL	900
I.	Beschwerdebefugnis des Generalstaatsanwalts beim Kassationshof	901
II.	Beschwerdebefugnis der Generalstaatsanwaltschaft beim regionalen Berufungsgericht	905
III.	Aufhebung im Interesse des Gesetzes	908
IV.	Wiederaufnahme des Verfahrens	914
A.	Gründe für die Wiederaufnahme des Verfahrens zugunsten des Verurteilten	914
1.	Verwendung einer gefälschten Urkunde	914
2.	Falsche Zeugenaussage oder unrichtiges Sachverständigengutachten	915
3.	Begehung einer Straftat durch den Richter	916
4.	Wegfall des zivilgerichtlichen Urteils	917
5.	Bekanntwerden neuer Beweise oder Tatsachen	917
6.	Feststellung einer Rechtsverletzung durch den EGMR und das Verfassungsgericht (AYM)	918
7.	Ein besonderer Fall der Wiederaufnahme des Verfahrens	919
B.	Gründe für die Wiederaufnahme des Verfahrens zuungunsten des Angeklagten oder Verurteilten	920
1.	Verwendung einer gefälschten Urkunde	920
2.	Begehung einer Straftat durch den Richter	920
3.	Glaubwürdiges Geständnis des Angeklagten vor dem Richter	921
C.	Fälle der Unzulässigkeit des Wiederaufnahmeantrags	921
1.	Antrag auf Herabsetzung der Strafe nach demselben Artikel	921
2.	Wiederaufnahmeanträge ohne Begründung	922
3.	Auf eine Straftat gestützte Wiederaufnahmeanträge	922
D.	Verfahren bei der Wiederaufnahme	922
1.	Antragsvoraussetzungen, Frist und Antragsberechtigte	922
2.	Prüfung des Antrags	924
a.	Vorprüfung	924
b.	Prüfung in der Sache	925
c.	Aufschub oder Unterbrechung der Vollstreckung	926

ZEHNTES KAPITEL

BESONDERE VERFAHRENSARTEN UND NEBENVERFAHREN

§ 1.	VERFAHREN GEGEN ABWESENDE UND FLÜCHTIGE	929
-------------	--	------------

I.	Definition des Abwesenden und ihm gegenüber zulässige Maßnahmen	929
II.	Definition des Flüchtigen und Verfahren gegen ihn	933
§ 2.	VERTRETUNG JURISTISCHER PERSONEN IM ERMITTLUNGSVERFAHREN UND IM GERICHTLICHEN VERFAHREN	937
§ 3.	VERFAHREN BEI TERRORSTRAFTATEN UND STRAFTATEN DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT	937
I.	Sondervorschriften zum Polizeigewahrsam	938
II.	Sondervorschriften zur Untersuchungshaft	938
III.	Sondervorschriften zur Inanspruchnahme des Rechts auf einen Verteidiger	938
IV.	Zuständige Gerichte bei Straftaten der organisierten Kriminalität	941
§ 4.	BESCHLEUNIGTES VERFAHREN	941
I.	Ablauf des Verfahrens im Allgemeinen	941
II.	Antragsschrift	947
III.	Beweisverwertungsverbote	951
IV.	Fälle der Unanwendbarkeit des beschleunigten Verfahrens	952
V.	Beschwerde gegen das Urteil	953
VI.	Anwendung von SEGBiS und Rechtshilfeersuchen	953
VII.	Sachlich und örtlich zuständige Gerichte im beschleunigten Verfahren	954
§ 5.	VEREINFACHTES VERFAHREN	954
I.	Ablauf des Verfahrens im Allgemeinen	954
II.	Fälle der Unanwendbarkeit des vereinfachten Verfahrens	957
III.	Beschwerde im vereinfachten Verfahren	957
§ 6.	TÄTER-OPFER-AUSGLEICH	960
I.	Allgemeines	960
II.	Definition, Rechtsnatur und wiedergutmachende Justiz	961
III.	Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs	965
A.	Voraussetzungen für die Tätigkeit als Vermittler	965
B.	Dem Täter-Opfer-Ausgleich zugängliche Straftaten	967
1.	Grundregeln	967
2.	Im türkischen Strafgesetzbuch (TCK) umschriebene Straftaten	967
3.	In Gesetzen außerhalb des TCK umschriebene Straftaten	968
C.	Täter-Opfer-Ausgleich im Ermittlungsverfahren und seine Durchführung	969
D.	Täter-Opfer-Ausgleich im gerichtlichen Verfahren und seine Durchführung	972
E.	Täter-Opfer-Ausgleich im Vollstreckungsstadium und seine Durchführung	975
F.	Fälle der Unanwendbarkeit des Täter-Opfer-Ausgleichs	976
G.	Täter-Opfer-Ausgleich bei Kindern	977
H.	Fälle der Beendigung des Täter-Opfer-Ausgleichs	978
I.	Täter-Opfer-Ausgleich bei Straftaten mit mehreren Tätern bzw. mehreren Opfern	979
§ 7.	EINZIEHUNGSVERFAHREN	980
I.	Definition und Begriff	980
II.	Verfahren bei der Einziehung	982
§ 8.	STRAFVOLLSTRECKUNGSVERFAHREN	983
I.	Regelungen im Gesetz über Strafen und Maßregeln der Besserung und Sicherung	983
II.	Regelungen im Gesetz über das Vollstreckungsrichteramt	986
III.	Regelungen im türkischen Strafgesetzbuch	990
§ 9.	VERFAHREN GEGEN BEAMTE	991

§ 10. VERFAHREN GEGEN KINDER UND PSYCHISCH KRANKE	997
I. Verfahren gegen Kinder	997
A. Anordnung von Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen sowie von Lenkungsmaßnahmen	998
B. Ermittlungsverfahren im Verfahren gegen Kinder	1003
C. Gerichtliches Verfahren im Verfahren gegen Kinder	1005
D. Anhörung des Kindes als Opfer	1008
II. Verfahren gegen psychisch Kranke	1008
§ 11. STRAFVERFAHREN IN ZWANGSVOLLSTRECKUNGSSACHEN	1010
I. Straftaten, die Gegenstand des Verfahrens sind	1010
II. Gang des Verfahrens	1012
Literaturverzeichnis	1015
Sachverzeichnis	1033

Dieses Dokument ist das aus dem Türkischen übersetzte Inhaltsverzeichnis des Buches; die Seitenzahlen beziehen sich auf das gedruckte Buch. Seite des Buches: www.dulger.av.tr/de/publikationen/ceza-muhakemesi-hukuku/